## **Antrag des Regierungsrates** RRB Nr. 1312

2021\_03\_Gesetz über die Auflösung des SNB-Gewinnausschüttungsfonds und des Fonds für Spitalinvestitionen

Geltendes Recht	Antrag Regierungsrat I
	Gesetz über die Auflösung des SNB-Gewinnausschüttungsfonds und des Fonds für Spitalinvestitionen
	Der Grosse Rat des Kantons Bern,
	auf Antrag des Regierungsrates,
	beschliesst:
	I.
	Keine Hauptänderung.
	II.
	1. Der Erlass <u>621.3</u> Gesetz über den SNB-Gewinnausschüttungsfonds vom 17.11.2015 (SNBFG) (Stand 01.01.2018) wird wie folgt geändert:
	Art. 5a Auflösung
	<sup>1</sup> Der Fonds wird ab dem 1. Januar 2023 gestaffelt aufgelöst.
	<sup>2</sup> Die Entnahme erfolgt jährlich im Umfang, der zur Finanzierung des zusätzlichen Investitionsbedarfs notwendig ist. Als zusätzlich gilt der Investitionsbedarf, der den ordentlichen Bedarf von 450 Millionen Franken jährlich übersteigt.
	<sup>3</sup> Ist die Auflösung am 31. Dezember 2030 nicht vollständig erfolgt, werden die vorhandenen Mittel der Erfolgsrechnung 2031 gutgeschrieben.
Art. 6 Inkrafttreten, Befristung	

Geltendes Recht	Antrag Regierungsrat I
<sup>1</sup> Dieses Gesetz tritt rückwirkend am 31. Dezember 2015 in Kraft und gilt bis zum 31. Dezember 2023.	<sup>1</sup> Dieses Gesetz tritt rückwirkend am 31. Dezember 2015 in Kraft und gilt bis zum 31. Dezember <del>2023</del> 2030.
	2. Der Erlass 812.11 Spitalversorgungsgesetz vom 13.06.2013 (SpVG) (Stand 01.03.2021) wird wie folgt geändert:
Art. 153 Auflösung des Fonds	
<sup>1</sup> Der Regierungsrat löst den Fonds für Spitalinvestitionen auf, wenn sämtliche Ausgaben nach Artikel 152 abgerechnet worden sind.	<sup>1</sup> Der <del>Regierungsrat löst den Fonds für Spitalinvestitionen auf, wenn sämtliche Ausgaben nach Artikel 152 abgerechnet worden sind wird ab dem 1. Januar 2023 gestaffelt aufgelöst.</del>
<sup>2</sup> Die bei der Auflösung allfällig noch vorhandenen Mittel werden der laufenden Rechnung des Kantons gutgeschrieben.	<sup>2</sup> Die <del>bei</del> Entnahme erfolgt jährlich im Umfang, der Auflösung allfällig noch vorhandenen Mittel werden-zur Finanzierung des zusätzlichen Investitionsbedarfs notwendig ist. Als zusätzlich gilt der laufenden Rechnung des Kantons gutgeschrieben Investitionsbedarf, der den ordentlichen Bedarf von 450 Millionen Franken jährlich übersteigt.
	<sup>3</sup> Ist die Auflösung am 31. Dezember 2030 nicht vollständig erfolgt, werden die vorhandenen Mittel der Erfolgsrechnung 2031 gutgeschrieben.
	III.
	Keine Aufhebungen.
	IV.
	Dieses Gesetz tritt am 1. Januar 2023 in Kraft.
	Bern, 10. November 2021
	Im Namen des Regierungsrates Die Präsidentin: Simon Der Staatsschreiber: Auer